

Vergangenheit in die Gegenwart einfügen

Nachdenken über indigene Perspektiven

Bineet Mundu

Die Kämpfe der Adivasi um Autonomie und Selbstbestimmung wurden in jüngerer Zeit selten als Bemühen um eine eigenständige politische Gestaltung wahrgenommen sondern häufig mit fremden Etiketten versehen. Bevorzugt wurden diese Kämpfe aufständischen Gruppen wie den Maoisten (auch: *Naxaliten*) zugeschlagen oder als rückwärtsgewandt und entwicklungsfeindlich gebrandmarkt. Andererseits lässt die widerständige Haltung der Adivasi erkennen, dass sie nach wie vor auf einer aus sich selbst heraus begründeten Existenz und Identität bestehen. Inwieweit tradierte Organisationssysteme ein Bindeglied für heutige Entscheidungsprozesse sein können, behandelt der Autor im folgenden Text.

Indien ist durch eine große ethnische, sprachliche, soziale und kulturelle Vielfalt gekennzeichnet. Auch bei den Adivasi herrscht diese Vielfalt an religiösen und kulturellen Traditionen sowie sozialen Selbstverwaltungssystemen vor. Historisch hat sich diese Selbstverwaltung weitgehend abhängig von Waldressourcen sowie saisonaler oder wechselnder Landwirtschaft gebildet. Die ausgeklügelten Systeme versinnbildlichen einen langen, auf Erfahrung gestützten Entwicklungsprozess. Wer in Bezug auf Adivasi und tradierte Selbstverwaltungssysteme von obsoleten, entwicklungsfeindlichen Institutionen spricht, hat den Kern der auf Existenzsicherung ausgerichteten Entwicklungsprämissen nicht verstanden. Gerade die heutigen, als modern gepriesenen Entwicklungsparadigma haben den allermeisten Adivasi extreme Formen der Marginalisierung eingebracht. Wer einen überkommenen Traditionalismus kritisiert, weil er auf religiöse Werte zurückgreift, scheint zu vergessen, dass nicht zuletzt die indische Ökonomie nicht weniger der Spannung zwischen schneller Modernisierung einerseits und fundamentalreligiöser Steuerung (Stichwort *Hindutva*) andererseits ausgesetzt ist.

Was bedeutet Eigenständigkeit?

Die Konstruktion der eigenen Identität ist eng verknüpft mit der spezifischen Nutzung von Land, Wald und Territorium sowie der Rückbindung an animistische Glaubensvorstellungen. Manche Teile davon sind mit dem Hinduismus verflochten. Überwiegend entstehen jedoch genuine, lokalspezifische Götterwelten, die sich auch im Erfahrungswissen zur Gestaltung der natürlichen Umwelt spiegeln. Als weiteres Merkmal der Indigenität hinzu kommt die kontinuierliche Erweiterung der Wissensbasis, um Veränderungen in der natürlichen Umwelt aufnehmen und den ökologischen Reichtum für nachkommende Generationen aufrecht erhalten zu können. Ein nächstes Element sind bewusst betriebene Dialogprozesse in der Gemeinschaft, der Austausch zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft zum gegenseitigen Nutzen. Identitätsbildung fand und findet ebenso in Prozessen der Selbstorganisation, der Herausbildung repräsentativer Organe und gewohnheitsrechtlicher Regelungen zur Nutzung des Territoriums, zu Heirat, Erbschaft und anderen Aspekten des sozialen Alltags statt.

Ein nächstes zentrales Element der Identitätsbildung war und ist die Verteidigung der Adivasi-Gemeinschaften

und ihrer Institutionen gegen zwangsweise Eingriffe von außen. Die Geschichtsschreibung zum 19. Jahrhundert sowie im 20. Jahrhundert bis zur Unabhängigkeit Indiens kennt allein auf dem Chotanagpur-Plateau im südlichen Jharkhand viele Kämpfe und Rebellionen gegen die Kolonialherrschaft. Teilweise explizit benennt die Jharkhand-Bewegung ab 1914 Themenfelder wie Stammesautonomie, die Verteidigung traditioneller Bräuche, Praktiken und Werte, die gegen die britische Kolonialverwaltung verteidigt werden müssen. Tradierte Selbstverwaltungssysteme der Adivasi kamen in den damaligen Reformmaßnahmen der Briten überhaupt nicht vor. Heutzutage haben die Gemeinschaften der Santhal, Ho und Munda (Bundesstaat Jharkhand und Westbengalen) mit der Revitalisierung solch traditioneller Systeme begonnen. Im Rückblick lässt sich wohl sagen, dass sich in der Abwehr gegen koloniale Zwänge der Begriff und öffentliche Diskurs zur Indigenität wahrnehmbar herausgebildet hat.

Die Vergangenheit in die Gegenwart einfügen

Zur Identitätsbildung nach der Unabhängigkeit gehören die verfassungsmäßigen Rechte, sich selbst zu regieren und auf Adivasi-Territorien den Zu-

griff auf Land, kollektives Besitztum und natürliche Ressourcen zu beanspruchen. Grundsätzlich besagen die verfassungsmäßigen Rechte, dass die Zentralregierung in Delhi sowie die Landesregierungen nur minimal in diesen Bereich der Selbstorganisation eingreifen können. Stattdessen beauftragen Verfassung und Gesetzgebung¹ die Regierung, die traditionellen Regierungs- und Verwaltungssysteme zu unterstützen. Zumindest die Angehörigen der registrierten Stammesgesellschaften (*Scheduled Tribes*) sollten in die Lage versetzt werden, auch unter heutigen Bedingungen ihre sozialen und entwicklungsbezogenen Angelegenheiten in möglichst eigener Regie zu regeln. Unbeschadet einiger Widrigkeiten, haben sich Verfassung, Gesetzgebung und Justizwesen ab der Ebene der Revisionsinstanzen im Großen und Ganzen als verlässliche Grundlage erwiesen, um zumindest das Konzept der – lokalen – Selbstregierung auch in der Praxis anwenden zu können. Die gegenwärtige Zentralregierung und ihre BJP-geführten Pendanten² in den

nehmen die Gesetzgebung zugunsten der Adivasi als große Hürde für das industrielle Wachstum und die marktliberale Entwicklung des Landes wahr.

Gleichwohl besteht eine Kluft zwischen staatlich organisiertem Ratssystem und den tradierten Dorfräten der Adivasi-Gemeinschaften. Vom Konzept her sollten die tradierten kollektiven Entscheidungs- und Verwaltungssysteme in den Gemeinden durch die staatlich beförderten *Panchayat Rajs* (Dorfräte) gestärkt werden. In der Realität sind jedoch eher Konkurrenz, Abgrenzung und gegenseitiges Ignorieren heraus gekommen. Das staatlich etablierte *Panchayat-Raj*-System folgt einem demokratischen Auswahlmodus, während die tradierten Dorfräte in die gewohnheitsrechtlichen Organisationsstrukturen eingebettet sind. Diese Distanz schwächt auch die Idee einer umfassenderen, sozialen und politischen Vertretung der Adivasi-Gemeinschaften in einem regionalen oder nationalen Legis-

lativsystem. Adivasi-Repräsentant(inn)en in den Parlamenten kommen nur über die Mitgliedschaft in politischen Parteien vor.

Im Kontext von Protest und Widerstand sind Begriff und Konzept einer über Autonomie, Land- und Waldrechte vermittelten Indigenität im öffentlichen Diskurs präsent. Der aktuelle hindu-fundamentale Diskurs schärft darüber hinaus auf seine Weise die Konturen einer Adivasi-Indigenität, vor allem im Widerstand gegen die Vereinnahmung der Adivasi-Religionen in den Hinduismus und in der Diskriminierung aller tradierten Wirtschafts- und Entwicklungsparadigma. Diese Diskriminierung reicht bis in die amtliche Statistik: animistische Religionen kommen nicht mehr vor. Alle werden kurzerhand der Kategorie „Hindu“ zugeschlagen.

Was bleibt für die Zukunft?

Das traditionelle Organisationssystem der Adivasi ist entgegen aller befördernden Umstände in der indischen Gesellschaft noch nicht als eigenständiger Beitrag zur vielfältigen Gestaltung des Landes angekommen. Natürlich ist es schwer, das über Jahrhunderte oder gar Jahrtausende gepflegte Stigma der minderwertigen Kultur abzulegen. In den Blick fallen allerdings auch fehlende Korrekturmechanismen auf Seiten der tradierten Organe. Im Reflex auf die Anfeindungen von außen gab es für eine selbstkritische Beschau bisher wohl wenig Raum. Die Tatsache, dass jüngere Adivasi zumindest kurzzeitig in städtische Umgebungen eintauchen, eröffnet die Chance, dass sich bei deren Rückkehr Anpassungen an partizipativere Strukturen ergeben.

Dies betrifft in gleichem Maße die Aspekte Hierarchie und Gender-Gerechtigkeit. Obwohl Adivasi-Gemeinschaften sich traditionell einem egalitären Prinzip verpflichtet sehen und dies immer wieder betonen, sind die patriarchalen, hierarchischen Muster vielerorts nicht zu übersehen. Der sä-

kular organisierte Staat setzt hier eher unbeabsichtigt Impulse in Sachen Gender-Gerechtigkeit. Ebenso eröffnet die verstärkte und notwendige Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen bei der Organisation von Protest und Widerstand die Chance, das eigene Egalitätsprinzip vermehrt umzusetzen. Es wäre verfrüht, mit Blick auf die tradierten Selbstverwaltungsorgane von Emanzipation zu sprechen, aber in vielen anderen Facetten einer der Tradition verpflichteten Gemeinschaft ist das Engagement von Frauen und die Teilhabe auch in führender Position an Entscheidungsprozessen und Widerstandsbewegungen nicht zu übersehen.

Dass sich Adivasi nach dem Vorbild ihres eigenen Genies weiter entwickeln, scheint mir möglich. Der Geist der Selbstbestimmung ist lebendig und zeigt sich immer wieder in Protesten, Widerstandsaktionen und im anwaltschaftlichen Handeln in internationalen Menschenrechtsinstitutionen. Je mehr Unterstützung dafür außerhalb der Adivasi-Gemeinschaften organisiert werden kann, desto aussichtsreicher auch das Entwickeln des notwendigen Selbstwertgefühls.

Zum Autor



Bineet Mund leitet das *Land Rights Campaign Centre of B.I.R.S.A.* in Jharkhand; er schloss sein Studium mit einem Master/M. Phil. in *Indigenous Studies* an

der Tromsø Universität in Norwegen ab.

Endnoten

¹ Dazu gehören auch die aus dem 19. Jahrhundert stammenden Landrechtsbestimmungen aus dem Chotanagpur Tenancy Act (CNT) und dem Santhal Parganas Tenancy Act (SPT). In der jüngeren Gesetzgebung sind dies insbesondere der Panchayats (Extension to Scheduled Areas) Act (PESA) von 1996 und der Forest Rights Act von 2006.

² BJP: *Bharatiya Janata Party*, Indische Volkspartei.